

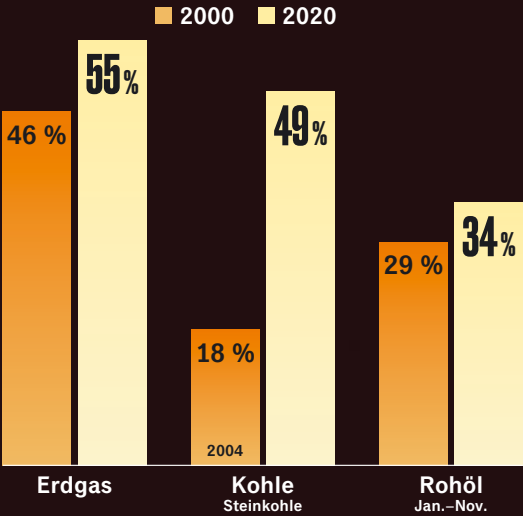
Abhängigkeit von russischen Energierohstoffen

Moskau sitzt am Regler

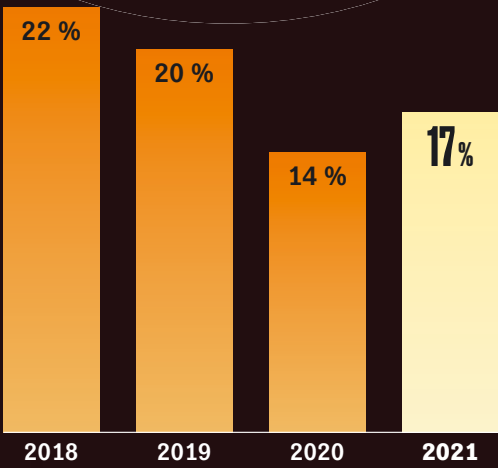
Die EU hat sich in eine gefährliche Abhängigkeit von Putins Erdgas begeben – speziell Deutschland wirkt im Ukraine Konflikt erpressbar. Fieberhaft sucht der Westen nach alternativen Lieferquellen.



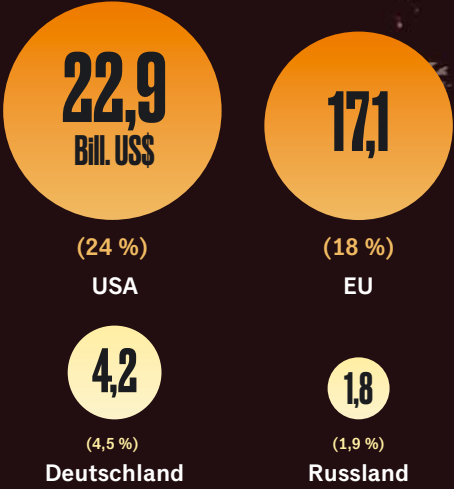
Deutsche Abhängigkeit steigt
Russischer Anteil an Rohstoff-Importen nach Deutschland



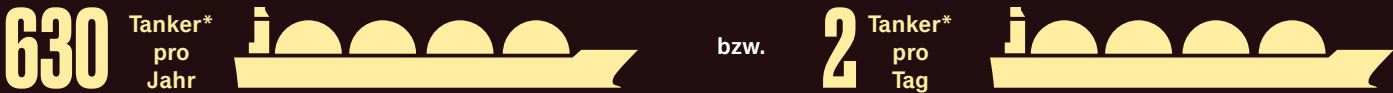
EU ist wichtiger Abnehmer
Anteil der Gas/Öl/Kohle-Exporte in die EU an den gesamten russischen Exporten



Internationaler Vergleich
Bruttoinlandsprodukt in Billionen US-Dollar 2021 (Anteil am Welt-BIP)



Was wäre wenn ...?
2020 importierte Deutschland 102 Mrd. Kubikmeter Erdgas.
Diese Menge in LNG-Tankern* zu transportieren würde bedeuten:



Über dem Brüsseler Europaviertel ist der Regenhimmel aufgerissen, die Abendsonne leuchtet rot. Wolkenfetzen und Dachgiebel sehen aus, als stünden sie in Flammen. Das etwas apokalyptische Ambiente ist auch den Kommissionsmitarbeitern nicht entgangen, die gerade das Fotoshooting mit ihrer Chefin verfolgen.

Ursula von der Leyen posiert am Fester, hoch oben im 13. Stock ihrer Behörde, neben ihr das glühende Stadtpanorama. Das könnte schiefgehen, Bildersprache ist der Kommission wichtig, gerade jetzt in Krisenzeiten. Doch dem Hausfotografen gelingt es, von der Leyen so in Szene zu setzen, dass der zivile Eindruck gewahrt wird.

Wie ernst die Lage in Europa ist, erläutert von der Leyen kurz darauf im Gespräch mit dem Handelsblatt und der französischen Zeitung „Les Echos“. Sie spricht über die Ukraine, von einem Aufmarsch russischer Truppen, „wie es ihn seit 70 Jahren nicht gegeben hat“, sie warnt vor russischer Desinformation und Cyberattacken. Und sie erläutert, wie sich die EU auf den Ernstfall vorbereitet, auf das, was sie in Brüssel das „Gas-Armageddon“ nennen: ein russisches Energieembargo gegen Europa.

Die EU arbeite „sehr aktiv daran, neue Energiequellen zu erschließen“, so die Kommissionschefin. Es liefen Gespräche mit Katar, Aserbaidschan und Ägypten. In der kommenden Woche solle in Washington ein Energiegipfel mit den USA stattfinden. Von der Leyen: „Die Fragen, die wir uns stellen, sind: Was passiert, wenn Russland sein aggressives Verhalten gegenüber der Ukraine intensiviert? Und was heißt das dann für die Energiesicherheit in Europa?“ (Interview auf Seite 49)

Viel Fantasie braucht man nicht, um sich den Energienotstand auszumalen. Das Szenario könnte so aussehen: Im Februar bricht eine Kältewelle über Europa herein. Während die ersten Eisschollen am Berliner Reichstag vorbeitreiben, gibt Russlands Präsident Wladimir Putin den Marschbefehl. Russische Kampfverbände überfallen die Ukraine. Europa und die USA antworten mit harten Sanktionen, russische Banken geraten ins Wanken.

Dann holt der Kreml zum Gegenschlag aus. Die russische Gazprom stoppt ihre Gaslieferungen nach Europa, die Pipelines in den Westen versiegen. Europäische Unternehmen müssen ihre Produktion drosseln, und in den Wohnungen der Europäer wird es kalt. Schlimmstenfalls, so hat es die Brüsseler Denkfabrik Bruegel berechnet, sind die europäischen Gasspeicher im März leer. Das Ergebnis wäre eine Energiekrise, wie sie Europa seit den 70er-Jahren nicht mehr erlebt hat.

Es gibt einiges, was gegen dieses Szenario spricht. Unter anderem, dass Russland und früher die Sowjetunion ihr Gas stets zuverlässig geliefert haben, selbst in den eisigsten Tagen des Kalten Kriegs. Zudem ist die Abhängigkeit eine gegenseitige: Zwei Drittel der Gesamteinnahmen Russlands stammen nach EU-Angaben aus Gas- und Ölexporten, davon gehen zwei Drittel nach Europa. Und Putin bestreitet, überhaupt einen Einmarsch in die Ukraine zu planen. Aber warum dann der Truppenaufmarsch an der Grenze?



Olaf Scholz: Der Bundeskanzler will Wladimir Putin bald in Moskau treffen.



Wladimir Putin: Der russische Präsident bestreitet, in die Ukraine einmarschieren zu wollen.

imago images/SNA

Zwei Flugstunden von Berlin entfernt droht ein Krieg, der Deutschland und der EU schmerzhaft die Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit aufzeigt. Selbst wenn Putin die Waffe des Gasembargos nicht einsetzt, wirkt die Option darauf bereits jetzt lähmend. Man muss in Berlin und Brüssel darauf hoffen, dass Putin auch dann weiterliefert, wenn in der Ukraine die russischen Panzerrollen. Ihrerseits gegenüber Russland mit einem Gasboykott zu drohen können sich die Europäer keinesfalls leisten. Und was soll Europa eigentlich machen, wenn Gazprom verkündet, wegen der Kampfhandlungen könnten die vereinbarten Gaslieferungen nicht mehr durch die Ukraine und Polen gen Westen fließen, sondern nur noch durch die beiden Nord-Stream-Pipelines auf dem Ostseegrund? Würde man dann aus Solidarität mit Kiew in der EU die Heizungen ausgeben lassen? Wohl kaum, und das weiß Putin.

Schon jetzt bringen die gestiegenen Heizkosten und das teure Benzin gerade einkommensschwache Bürger in der EU zur Verzweiflung. Frankreich erfasst der Preisschock mitten im



Die aktuelle Krise ist ein Weckruf.

Amos Hochstein
Sonderbeauftragter für
Energiesicherheit im
US-Außenministerium

Wahlkampf. Etliche Regierungen haben daher Ausgleichszahlungen beschlossen, am Mittwoch auch das Bundeskabinett. Doch bei einem russischen Gasembargo helfen auch solche Zahlungen nicht mehr. Dann müssen Fabriken heruntergefahren werden, um wenigstens in den Wohnungen noch für Strom und Wärme zu sorgen. Eine schwere Rezession wäre die unweigerliche Folge.

Der Konflikt um die Ukraine führt den europäischen Staaten die schlichte Wahrheit vor Augen: Die Gas-Connection nach Moskau ist die Achillesferse des Kontinents. Am besten steht noch Großbritannien dar. „Unsere Lage ist anders, weil wir etwa 50 Prozent unseres Gases selbst fördern und weitere 30 Prozent aus Norwegen beziehen“, sagt Londons Energieminister Greg Hands. „Aus Russland erhalten wir normalerweise nur zwei bis drei Prozent.“ Die EU bezieht im Schnitt 40 Prozent ihres Gasbedarfs von Gazprom.

Und in Deutschland ist die Abhängigkeit von russischen Energierohstoffen sogar noch weit größer. Erst vor wenigen Tagen hat der unabhängige Energieexperte Hans-Wilhelm Schiffer für 2021 Bilanz gezogen. Schiffer gräbt sich seit Jahren tief in die amtlichen Statistiken über die deutschen Importe von Erdöl, Erdgas und Steinkohle.

Das ist auch erforderlich, denn auf den ersten Blick kann man anhand der offiziellen Zahlen die Bedeutung Russlands als Energielieferant für Deutschland nicht komplett erfassen. Schiffers Resultat: „Bei Rohöl, Erdgas und Steinkohle steht Russland auf Platz eins.“ Etwa die Hälfte der Einfuhren an Erdgas und Steinkohle stammte demnach 2021 aus Russland. Bei Rohöl lag der Anteil der russischen Lieferungen an den gesamten Importen bei einem Drittel.

1. Russisches Erdgas – eine verhängnisvolle Affäre

Die Abhängigkeit beginnt mitten im Nirgendwo der sibirischen Schneelandschaft. Acht Monate im Jahr herrscht in der Gegend am Polarkreis tiefer Winter, Temperaturen bis minus 40 Grad sind keine Seltenheit. 1966 entdeckten Geologen in der Tundra das größte Gasfeld der Welt – es war der Beginn der verhängnisvollen Energieallianz.

Gazprom übernahm die Förderung. Aus dem Nichts entstand eine kleine Stadt, Nowy Urengoi. Fast das gesamte Erdgas, das Russland nach Europa pumpt, um Wohnungen zu heizen und Strom zu erzeugen, wird dort gefördert, verarbeitet und über Fernleitungen verteilt. Lange standen die Pipelines für das, was Ost und West verbindet. Jetzt stehen sie für die Abhängigkeit des Westens.

Vieles spricht dafür, dass der Ernstfall sogar schon begonnen hat: Entgegen jeder betriebswirtschaftlichen Vernunft leitet Gazprom trotz der hohen Gaspreise derzeit nur noch die vertraglich vereinbarten Mindestmengen gen Westen, die vielfach ebenfalls von Gazprom betriebenen Gasspeicher in Deutschland sind für die Jahreszeit ungewöhnlich leer.

Fast täglich schalten sich Spitzenbeamte der EU-Kommission derzeit über abhörsichere Verbindungen mit den Experten des Nationalen Sicherheitsrats in Washington zusammen. Die

engsten Mitarbeiter von der Leyens beraten sich mit den außenpolitischen Strategen der US-Regierung: mit Amos Hochstein, dem Sonderbeauftragten für Energiesicherheit im Außenministerium, und Jake Sullivan, dem Sicherheitsberater von Präsident Joe Biden.

Um die Energieversorgung wird es auch gehen, wenn Bundeskanzler Olaf Scholz am Dienstag nach Washington zu Biden ins Weiße Haus fliegt. Der Kanzler will dem Eindruck entgegen treten, er sei in der Krise abgetaucht. Am 14. Februar wird er zudem nach Kiew fliegen, am 15. nach Moskau.

Auch von der Leyen betreibt Krisendiplomatie. Sie spricht mit dem Emir von Katar, dessen Land auf riesigen Gasvorräten sitzt, vereinbart mit Biden eine Energiepartnerschaft, in der sich die USA zu einer „kontinuierlichen, ausreichenden und rechtzeitigen Versorgung der EU mit Erdgas“ bekennen. Im Mittelpunkt dieser Kooperationen: die sogenannte LNG-Technologie, bei der Erdgas nicht durch Pipelines nach Europa fließt – denn die führen weder von den USA noch von Katar in die EU. Stattdessen wird das Erdgas bei niedrigen Temperaturen verflüssigt und auf Tankschiffe verladen.

Eine Studie der Energieexperten des Think tanks Bruegel zeigt allerdings, wie schwer es der EU im Ernstfall fiele, Russlands Gaslieferungen durch LNG zu ersetzen. Auch deshalb, weil sich das Gas von den speziellen LNG-Terminals in den Anlandehäfen nicht problemlos über den Kontinent verteilen lässt. „Ein kompletter russischer Lieferstopp wäre über einen längeren Zeitraum nicht zu kompensieren“, hatten bereits RWE-Chef Markus Krebber und Eon-CEO Leonhard Birnbaum gewarnt.

Das bedeutet: Im Ernstfall eines russischen Embargos müsste der Gasverbrauch deutlich gedrosselt werden – mit entsprechenden Konsequenzen für Stromerzeugung, Industrieproduktion und eventuell auch die Gasheizungen in vielen Wohnhäusern. Und zwar selbst dann, wenn die LNG-Versorgung auf Hochtouren läuft.

„Wir arbeiten mit den Amerikanern so eng zusammen, wie ich es noch nie erlebt habe“, schwärmt von der Leyen. Aber klar ist auch: Die Amerikaner verfolgen eigene Interessen, politische und auch wirtschaftliche. Für Washington ist die Abhängigkeit Europas von russischen Energieimporten ein Hindernis dabei, eine abschreckende Drohkulisse gegenüber Moskau aufzubauen. Washingtons Kalkül: Je stärker einzelne EU-Staaten von russischen Erdgaslieferungen abhängig sind, desto geringer ist die Bereitschaft, mit harten Sanktionen auf die russische Aggression gegenüber der Ukraine zu reagieren.

2. Bündnistreue – Zweifel an der deutschen Zuverlässigkeit

Insbesondere Olaf Scholz sieht sich international dem Vorwurf ausgesetzt, dass er gegenüber dem Kreml zu leisetreterisch agiere. Die deutsche Botschafterin Emily Haber hat die Kritik an Deutschland sogar zu einem Auftritt beim rechten US-Fernsehsender Fox bewegt. Und das „Wall Street Journal“ titelte auf seiner Meinungsseite: „Ist Deutschland ein verlässlicher amerikanischer Alliierte? Nein.“

Bündnispolitische Erwägungen vermengen sich in den USA mit wirtschaftlichen Motiven. Durch Fracking-Boom und LNG-Technologie sind die USA zu einem der größten Energieexporteure der Welt geworden. Schon Ex-Präsident Donald Trump pries das „freedom gas“ made in USA als geopolitisch unbedenkliche Alternative zu russischen Energielieferungen.

In Osteuropa, wo die Erinnerung an die Sowjetzeit noch frisch ist und man die Abhängigkeit von Russland vielerorts besonders fürchtet, hatte er damit Erfolg. Aber in Deutschland wurden die amerikanischen Energieofferten schroff zurückgewiesen. Man benötige kein überteuertes „Fracking-Gas“, hieß es in Berlin, der russische Brennstoff sei sauberer und billiger. Und so intensivierten die Deutschen ihre „Energiepartnerschaft“ mit Moskau immer weiter, trieben den Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2 voran, die noch mehr russisches Gas auf direktem Weg nach Deutschland bringen sollte. Was sollte schon passieren? Man kannte sich, man schätzte sich.



Gazprom-Leitungen in Russland: Aus der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Europa und Gazprom könnte in den kommenden Jahren eine einseitige werden.

Die USA warnten die Europäer schon immer, dass Putin das „Gas als Waffe“ einsetzen würde. Nicht ohne Grund: Im Januar 2006 ließ der Kreml die Jamal-Pipeline, die durch die Ukraine gen Westen verläuft, vorübergehend abschalten, um Druck auf Kiew auszuüben. Für ein paar Tage reiste der damalige Gazprom-Vizechef Alexander Medwedew zu einer Energietagung in Berlin. Mit im Gepäck hatte er einen Bunsenbrenner, um 1000 erschrockenen deutschen Energiemanagern mal zu demonstrieren, was passiert, wenn man den Gashahn abdreh.

Doch Warnungen aus Washington, Deutschland mache sich erpressbar, hielt man in Berlin für einen Marketingtrick der US-Gaslobby.

Amos Hochstein kann sich diese Leichtfertigkeit nicht erklären. Der Sonderbeauftragte für Energiesicherheit im US-Außenministerium weist seit Monaten auf die große Abhängigkeit Deutschlands von russischem Erdgas hin, doch einen grundlegenden Sinneswandel erkennt er bis heute nicht. Zu Wochenbeginn war Hochstein wieder in Berlin, um die Deutschen ins Gebet zu nehmen, er führte Gespräche im Kanzleramt, im Auswärtigen Amt, im Bundeswirtschaftsministerium. Anschließend erklärte er einer Handvoll Journalisten, was ihn bedrückt: „Wir können es nicht einem einzelnen Lieferanten erlauben, Gas als Hebel einzusetzen.“

Die Europäer, speziell die Deutschen, müssten ihre Gasquellen und ihre Infrastruktur diversifizieren. „Die aktuelle Krise ist ein Weckruf“, so Hochstein. Am Ende gehe es auch darum, die Abhängigkeit von Erdgas insgesamt zu verringern, um im Klimaschutz voranzukommen.

Ausgerechnet der Energiebotschafter Hochstein jedoch warnt davor, Flüssiggas als Wundermittel zur Bewältigung der Versorgungskrise zu betrachten. Es seien zwar zuletzt zusätzliche LNG-Tanker nach Europa gekommen, auch aus den USA. Aber das könne nur ein Teil der Lösung sein.

Denn auch die USA bringen die hohen Energiepreise in die Defensive. Die Inflation ist auf das höchste Niveau seit den frühen 80er-Jahren gestiegen. Schon appellieren Bidens Parteifreunde an die Regierung, den Gasexport einzuschränken. „Trotz der schweren Belastung, die steigende Erdgaspreise für die amerikanischen Familien

Russisches Erdgas für Europa

Antei am Gesamtverbrauch

Land	Russische Lieferung in Mrd. m³	Anteil des russischen Gases am Gesamtverbrauch
Slowakei	8,6	176 % ²
Österreich	13,2	151 % ²
Lettland ¹	1,7	126 % ²
Ungarn	8,6	81 %
Bulgarien	2,3	76 %
Dänemark	1,9	65 %
Estland ¹	0,3	65 %
Finnland	1,6	63 %
Kroatien	1,8	61 %
Tschechien	5,0	57 %
Griechenland	3,0	52 %
Deutschland	45,8 Mrd. m³	50 %
Slowenien	0,4	45 %
Polen	9,7	44 %
Litauen ¹	0,9	40 %
Frankreich	12,4	31 %
Italien	20,8	29 %
Niederlande	11,8	27 %
Belgien	2,5	14 %
Rumänien	1,0	8 %
Spanien ¹	0,5	1 %

1) 2019; Irland,Luxemburg, Malta, Portugal, Schweden, Zypern = 0 %
2) Durch Lagerbestände oder weiterverhandeltes Gas, ist der Wert höher als 100 %

bedeuten, exportieren die Vereinigten Staaten Rekordmengen von Erdgas an andere Länder“, schreiben zehn einflussreiche Senatoren an Energieministerin Jennifer Granholm und fordern die Regierung auf, den Bau neuer Exportterminals zu stoppen.

Und so richtet sich die Hoffnung für eine Rettung aus der Gasnot derzeit vor allem auf eine Monarchie am Persischen Golf, die in Europa bislang vor allem als umstrittener Ausrichter der Fußball-Weltmeisterschaft in diesem Jahr bekannt ist.

3. Katar – die neue große Hoffnung für Europas Energiepolitik

Im Hintergrund lodern die Holzscheite im hellen Marmorkamin des Weißen Hauses. Der Hausherr Joe Biden hat rechts davor Platz genommen, sein Besucher, der Emir von Katar, Tamim bin Hamad al-Thani, links von ihm. Beide sind in dunkle Anzüge gekleidet, ihre Masken auf dem Schoß platziert, und beide beschwören unter den Ölgemälden früherer Präsidenten gegenseitig ihre Freundschaft.

Es ist der erste Besuch des Emirs in Washington. Wenige Stunden zuvor hat Qatar Airlines einen 20 Milliarden Dollar schweren Auftrag an den US-Flugzeugbauer Boeing vergeben. Nun ist es für den US-Präsidenten an der Zeit, Dankbarkeit zu zeigen: „Ich werde Katar im Kongress als ‚Major Non-NATO Ally‘ designieren.“

Eines der wichtigsten Themen besprechen die beiden angeblich nur am Rande: „Die Sicherstellung der weltweiten Energielieferungen“, nennt Biden als eines von mehreren Themen, über die man spreche. Trotz Nachfragen der Journalisten gibt es keine Details, nur ein freundliches Lächeln der beiden.



Joe Biden und Tamim bin Hamad al-Thani:
Beim ersten Besuch des Emirs in Washington beschwören sie gegenseitig ihre Freundschaft.

Der Emir ist schon auf dem Rückweg von seinen Verhandlungen mit Biden, als sein Energieminister Saad Sherida Al-Kaabi am Dienstag EU-Energiekommissarin Kadri Simson per Videokonferenz Unterstützung zusagte: „Katar ist bereit, seine Partner in der ganzen Welt in Zeiten der Not zu unterstützen.“

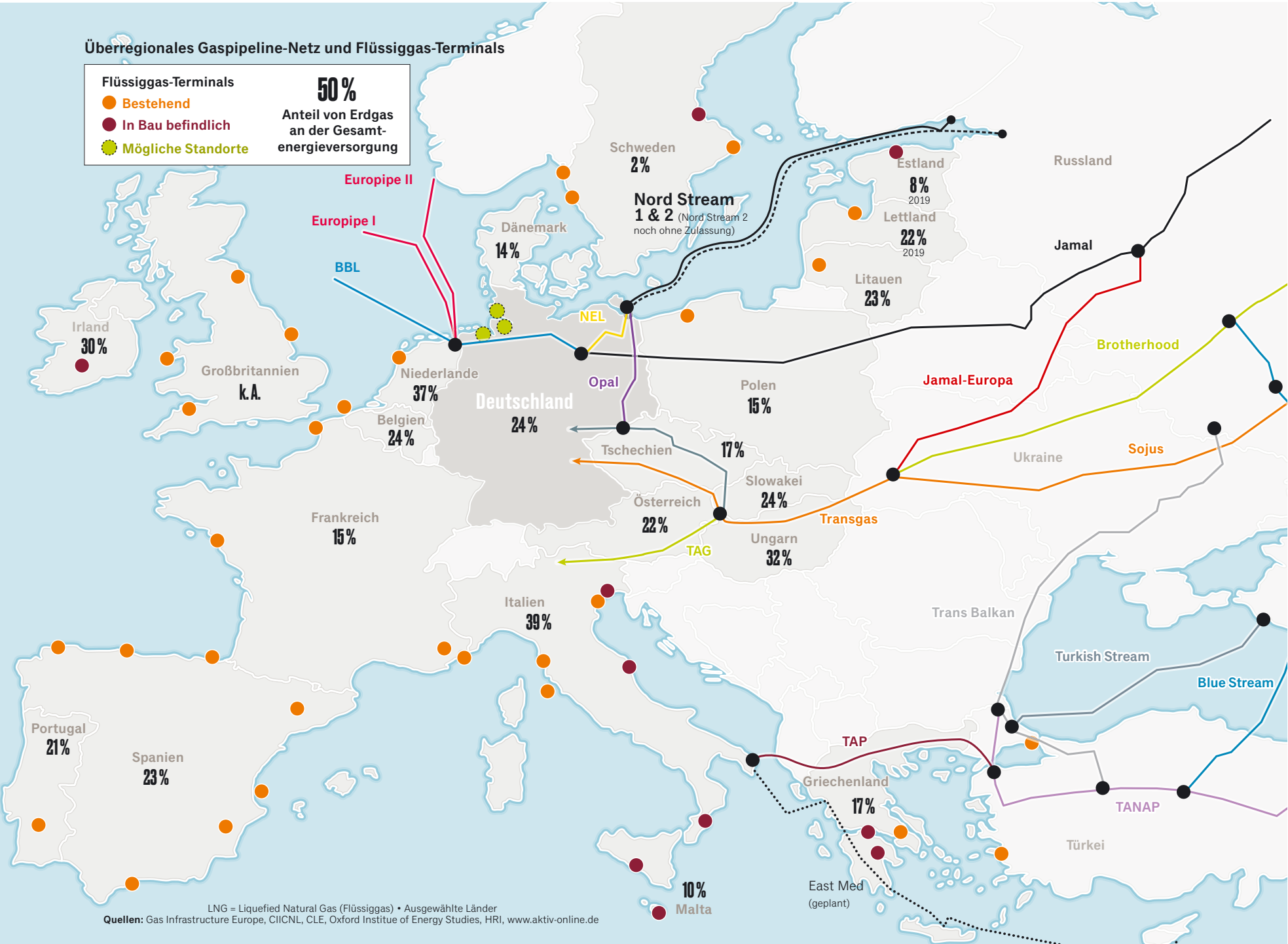
Als größter LNG-Produzent der Welt sei man „stolz darauf“, in den letzten 25 Jahren nicht eine einzige Ladung Flüssiggas, die bestellt und zugesagt worden sei, ausfallen lassen zu haben. Ohne Russland namentlich zu erwähnen, feuerte Al-Kaabi, der zugleich auch CEO des staatlichen Öl- und Gaskonzerns Qatar Energy ist, eine Breitseite gegen Moskau: „Die Einhaltung unserer vertraglichen Zusagen ist für Katar unantastbar.“

Zugleich räumte Al-Kaabi ein, dass „die von der EU benötigte Gasmenge von niemandem einseitig ersetzt werden kann, ohne dass die Versorgung anderer Regionen in der Welt beeinträchtigt wird“. Katar prüft laut Regierungskreisen, vermehrt verflüssigtes Erdgas nach Europa zu liefern. Dabei soll es um Mengen gehen, die derzeit in asiatischen Abnehmerländern eingelagert sind, aber nicht akut benötigt werden. Das arabische Land liefert etwa zwei Drittel seines LNG auf der Basis von bis zu 20 Jahre laufenden Verträgen nach Asien, vor allem nach Japan, Südkorea, China, Indien und Taiwan. Katar wehrt sich derzeit gegen die EU-Kommission, die seit 2018 in einem Anti-Monopol-Verfahren Langfristlieferverträge eliminieren will.

Derzeit verfügt Katar laut dem Branchendienst S&P Platts lediglich über täglich frei verfügbare, nicht bereits kontraktierte Mengen von 60.000 Kubikmetern – das ist nahe null. Aber Katar treibt Pläne zur Fördererhöhung auf seinem Gasfeld „North Dome“ voran. Bis 2027 soll die LNG-Produktion um 64 Prozent gesteigert werden. „North Dome“ ist das größte Gasfeld der Welt, Katar teilt sich das unter dem Meeresboden des Persischen Golfs gelegene Vorkommen mit dem Iran.

Der Staatskonzern Qatar Energy steht zudem bereit, um bei Bau und Betrieb eines deutschen LNG-Terminals an der Elbe mitzuwirken. Olaf Scholz unterstützt diese Pläne. Er sei dafür, „einen oder mehrere“ LNG-Terminals in Deutschland zu bauen, ließ der Kanzler über seinen Regierungssprecher am Montag ausrichten. Konkret geht es um zwei Vorhaben: eines in Stade, ein weiteres in Brunsbüttel.

In Swinemünde, direkt an der deutschen Nordostgrenze zu Polen, steht bereits ein LNG-Terminal, das regelmäßig von Flüssiggastankern





Flüssiggastanker:
LNG als Alternative zu
Putins Pipelines.

action press

aus Katar angelaufen wird. „Katar wäre ein zuverlässiger Lieferant für die Energieversorgung der EU als die vom Kreml kontrollierte Gazprom“, ist der Energieexperte Ariel Cohen vom Thinktank Atlantic Council überzeugt.

Gazproms Verhalten legt im Moment tatsächlich nahe, dass der Konzern zu Putins Instrument im Ukrainekonflikt geworden ist. Über die Transitpipeline durch die Ukraine, für die Gazprom sich zum Durchleiten von durchschnittlich 109 Millionen Kubikmetern täglich vertraglich verpflichtet hat, liefert der Moskauer Monopolist derzeit nicht einmal die Hälfte dieser Menge.

Auch europäische Versorger klagen, dass Gazprom zwar die vertraglich vereinbarten Mengen liefere, aber keine zusätzlichen Bestellungen – obwohl das Unternehmen Höchstpreise erzielen könnte. Der Chef der Internationalen Energieagentur (IEA), Fatih Birol, hatte deshalb Moskau vorgeworfen, entscheidend mitverantwortlich für die extrem gestiegenen Gaspreise in Europa zu sein. Die regierungsnah Moskauer Zeitung „Newsisimaja“ schreibt bereits von einem „Gaskrieg“ zwischen Russland und Europa.

Der Kreml indes bestreitet böswillige Absichten. Ein „kranker Kopf“ wolle die Schuld auf Russland abwälzen, sagte der für Energiefragen zuständige Vizepremier Alexander Nowak zur Kritik von IEA-Chef Birol. Putins Sprecher sprach von „Fake-Hysterie“.

Zugleich erschließt sich Russland neben Europa einen anderen großen Abnehmer für sein Erdgas. Gazprom-Chef Alexej Miller kündigte am Mittwoch an, dass sein Konzern den Bau einer weiteren Pipeline nach China plane. Sie soll russisches Gas ins Reich der Mitte statt in die EU leiten. Zwei Pipelines nach China sind bereits in Betrieb beziehungsweise im Bau. Aus der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Europa und Gazprom könnte in den kommenden Jahren eine einseitige werden.

Die Auswirkungen von Gazproms sparsamen Lieferungen zeigen sich unter der niedersächsischen Erde. In Rehden, nahe Vechta, liegt ein gigantisches Reservoir, das größte in Westeuropa. Vier Milliarden Kubikmeter Erdgas können hier lagern, fast ein Fünftel der gesamten deutschen Speicherkapazität. Aber das Lager ist praktisch leer. In anderen Reservoirs zeigt sich ein ähnliches Bild. Nur noch zu 40 Prozent sind die deutschen Erdgasspeicher gefüllt, ein historischer Tiefstand zu dieser Jahreszeit.

Kommissionschefin von der Leyen kennt diese Zahlen genau. Kaum hat sie in ihrem Büro Platz

genommen, sagt sie: „Wir sehen, dass die Speicher im vergangenen Sommer und Herbst nicht wie üblich voll nachgefüllt wurden, insbesondere durch den russischen Energiekonzern Gazprom.“

In Deutschland ging das Vertrauen in Russland sogar so weit, dass man Gazprom die wichtigsten Gasspeicher verkaufte, auch die Anlage in Rehden. Das Ergebnis weiß von der Leyen genau zu referieren: „Während alle anderen Anbieter heute noch immer bei ungefähr 44 Prozent liegen, sank der Stand in den Gazprom-Speichern bereits auf 16 Prozent. Das spricht für sich.“

Die Vermutung liegt daher nahe, dass Gazprom von politischen Motiven getrieben wird: Je weniger Vorrat in den Speichern lagert, desto weniger kann Deutschland einen Ausfall der laufenden Lieferungen aus Russland riskieren. Kein Wunder, dass die Bundesregierung in der Sanktionsfrage herumeiert.

4. Rohstoffe – Geschichte eines deutsch-russischen Sonderverhältnisses

Wer die deutsche Sonderrolle im Verhältnis zu Russland verstehen will, muss mit Martin Schulze Wessel reden. Der Osteuropa-Experte der Universität München sieht hier eine Verbindung, deren Wurzeln bis weit in die preußische Geschichte zurückreichen: „Bereits Peter der Große hat zu Beginn der 18. Jahrhunderts mit seiner Westorientierung Fundamente für staatlich orchestrierten Rohstoffexport gelegt“, sagt Schulze Wessel. Damals sei es vorwiegend um Holz gegangen, heute um Gas und Öl.

Tatsächlich zieht sich diese enge Bindung trotz der Feindschaft in den beiden Weltkriegen bis in die Gegenwart. Die spezielle Beziehung zwischen Berlin und Moskau fand Ausdruck im Vertrag von Rapallo während der Weimarer Republik, und sie spiegelt sich im Hitler-Stalin-Pakt vor dem Zweiten Weltkrieg. „Bis heute scheint in der Deklassierung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg ein Motiv zu liegen, um russisch-deutsche Wahlverwandschaft erneut zu konstruieren“, sagt Schulze Wessel.

Putin habe sich im vergangenen Sommer in einem Geschichtsartikel ausführlich zu dem vermeintlichen Unrecht geäußert, das die Westmächte Deutschland durch den Versailler Frieden zugefügt hätten. Nicht zum ersten Mal zog der russische Präsident Parallelen zur „Schmach“, die die Sowjetunion mit Beendigung des Kalten Kriegs in den 90er-Jahren zu erleiden gehabt habe.

”

Bereits Peter der Große hat zu Beginn des 18. Jahrhunderts mit seiner Westorientierung Fundamente für staatlich orchestrierten Rohstoffexport gelegt.

Martin Schulze Wessel
Osteuropa-Experte an der
Universität München

Trotz Westbindung und deutscher Teilung begannen auch nach 1945 die Sonderbeziehungen zwischen der jungen Bundesrepublik und der Sowjetunion wieder zu sprießen. Schon Ende der 50er-Jahre liefen Verhandlungen über die Lieferung von deutschen Röhren für den Pipelinebau. Die deutsche Stahlindustrie war führend auf diesem Gebiet. Doch der Nato-Rat verhängte auf Druck der USA ein Exportverbot.

Anfang der 70er-Jahre kam es dann auf Initiative des SPD-Kanzlers Willy Brandt doch zum Vertrag. Mannesmann und Thyssen lieferten Röhren im Wert von 1,2 Milliarden D-Mark, im Gegenzug lieferte die Sowjetunion Gas. Die Pipeline, die die damalige Bundesregierung gegen die USA durchsetzte, schuf mehr Energiesicherheit, weil sie die deutsche Abhängigkeit vom Öl verringerte.

Doch an ihre Stelle trat eine neue Abhängigkeit. Denn es folgten weitere Pipelineprojekte. Im September 2005 reist der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder nach Moskau und unterzeichnet eine Absichtserklärung für Nord Stream 1. Polens Außenminister Radoslaw Sikorski wird den Vertrag später „Putin-Schröder-Pakt“ nennen, in Anspielung an den Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin, der 1939 den Weg für den deutschen Einmarsch in Polen bahnte.

Schröder verliert die Bundestagswahl und heuert wenig später als Aufsichtsratschef des neuen Konsortiums an, das die Pipeline durch die Ostsee bauen soll. Seine Nachfolgerin Angela Merkel setzt das Projekt fort. Ende 2011 strömt dann erstmals russisches Gas auf dem Ostseegrund direkt nach Deutschland. 2014 marschiert Russland zum ersten Mal in die Ukraine ein und annektiert die Halbinsel Krim.

Doch auch dieser klare Verstoß gegen internationales Recht hält Berlin nicht davon ab, ein neues Pipelinegeschäft mit Russland durchzuwinken. Im Juni 2015 unterzeichnen der russische Staatskonzern Gazprom und fünf westliche Energieunternehmen ein Abkommen über den Bau einer weiteren Ostseepipeline: Nord Stream 2. Auch diese setzt Berlin gegen alle Widerstände durch, behauptet, es handele sich um ein „rein privatwirtschaftliches Projekt“.

Inzwischen ist die Pipeline fertiggestellt, obwohl Sanktionsdrohungen der USA viele Firmen gezwungen haben, sich aus dem Projekt zurückzuziehen. In Betrieb gegangen ist sie allerdings noch nicht. Zumindest dieses Druckmittel will sich Berlin im aktuellen Konflikt mit Russland offenbar noch bewahren.

Angeblich geht es auch bei dieser 1230 Kilometer langen Pipeline um die Versorgungssicherheit Europas. Europa brauche die zusätzlichen Röhren, um eine „Importlücke“ zu füllen. Nur so bleibe Erdgas in Europa „bezahlbar“, sagte Gazprom-Chef Miller.

In Wirklichkeit reichen die russischen Ambitionen viel weiter. Es geht bei Nord Stream um eine Umgehung der Ukraine und Polens, durch die bisher der Großteil des Erdgases nach Westen fließt. Es geht darum, die fragile Demokratie in Kiew unter Druck zu setzen, die bisher jährlich etwa drei Milliarden Euro Transitgebühren fürs Durchleiten des Gases bekommt. Und natürlich geht es darum, die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas zu erhöhen.

Das Ergebnis: Nord Stream 2 spaltet Europa. Deutschland steht mit seiner Pipelinepolitik weitgehend allein da. „Spätestens mit der militärischen Besetzung der Krim 2014 durch russische Truppen war die Pipeline in Osteuropa und in den USA nicht mehr vermittelbar, Deutschland hat sich in dieser Lage isoliert und die innereuropäischen und transatlantischen Beziehungen belastet“, sagt Historiker Schulze Wessel.

Selbst wenn die Ukrainekrise nun ohne ein russisches Gasembargo vorübergeht: Womöglich ist sie genau der heilsame Schock, den Deutschland gebraucht hat, um seine riskante Abhängigkeit von russischen Rohstoffen zu erkennen und zu reduzieren. Kurzfristig helfen könnten ein oder zwei LNG-Terminals an der Elbe als Ausgangspunkt dafür, nicht länger eine Volkswirtschaft von Gazproms Gnaden zu sein. Und langfristig hilft eine Energiewende, die Deutschland unabhängig von fossilen Energierohstoffen macht. Mathias Brüggmann, Moritz Koch, Katharina Kort, Jens Münchrath, Torsten Riecke, Klaus Stratmann, Kathrin Witsch